



Unser Standpunkt

Grabs, März 2012

Ferieninitiative gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand

Am 11. März 2012 werden wir über ein verführerisches Angebot abstimmen: „6 Wochen Ferien für alle“ verspricht die gleichnamige Initiative. Das Begehren ist aber gefährlich für unseren Werkplatz Schweiz und könnte sich als Bumerang erweisen. Einen höheren Ferienanspruch auf Kosten von Arbeitsplätzen und Wohlstand in die Verfassung zu schreiben ist keine gute Idee. Deshalb lehnt der Arbeitgeberverband Sarganserland-Werdenberg die Initiative klar ab.

Die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» der Gewerkschaft Travail.Suisse will das Recht auf sechs Wochen bezahlte Ferien für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Verfassung festschreiben. Heute liegt der gesetzliche Anspruch zwar bei vier Wochen (fünf Wochen für alle unter 20 Jahren). Dank sozialpartnerschaftlicher Regelungen haben viele Arbeitnehmende aber bereits länger Ferien: Unter 50-Jährige haben im Schnitt 4,8 Wochen Ferien, über 50-Jährige 5,4 Wochen. Hinzu kommen 8-10 bezahlte Feiertage. Die Initiative verlangt nun eine starre Verfassungslösung. Das ist falsch: Die bisherige Regelung hat sich bewährt.

Die Ferieninitiative gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand

Die Initiative kostet die Schweizer KMU über 6 Milliarden Franken pro Jahr. Diese Erhöhung der Lohnkosten käme zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Der starke Franken und die weltweite wirtschaftliche Abkühlung machen den Schweizer Unternehmen bereits schwer zu schaffen. Noch höhere Arbeitskosten schaden der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und schwächen die Attraktivität des Standorts Schweiz für neue Firmen. Damit werden Wohlstand und Arbeitsplätze gefährdet. Der Druck, Arbeitsplätze in Länder mit tieferen Arbeitskosten zu verlagern oder Waren vermehrt bei ausländischen Zulieferern zu beziehen, würde deutlich steigen und Arbeitsplätze in der Schweiz gingen verloren. Das bekommen vor allem schlechter ausgebildete Angestellte zu spüren. Bei ihnen steigt die Arbeitslosigkeit am schnellsten.

Die Initiative schadet den KMU

Gerade für kleinere und mittlere Firmen wären die Folgen der Initiative schwerwiegend. Sie können längere Abwesenheiten und das dadurch fehlende Know-how schlechter kompensieren als grosse Firmen. Ausserdem ist zu befürchten, dass noch mehr Angestellte zu den Hauptferienzeiten fehlen werden. Gerade für Kleinstfirmen wird es so schwieriger, verlässlich zu planen und Aufträge auszuführen. Die Annahme der Volksinitiative hätte eine Lohnkostenerhöhung zur Folge. Gleicher Lohn bei weniger Arbeit ist eine Illusion. Entweder müssen bei einer Annahme der Initiative die Löhne oder die Arbeitszeiten korrigiert werden oder es wird auf Lohnerhöhungen verzichtet, bis der Produktivitätsverlust kompensiert ist. Verlierer sind die Angestellten.

Die Ferieninitiative schadet den Arbeitnehmenden

Mit geplanten Abwesenheiten ist oft Hektik verbunden, weil Arbeiten noch abgeschlossen werden sollen. Ein Anspruch auf längere Ferien allein bedeutet nicht, dass der Arbeitgeber zusätzliches Personal anstellt. Viele Firmen können es sich in der schwierigen wirtschaftlichen Lage

nicht leisten, zusätzliche bezahlte Stellvertretungen einzustellen. Auch flexible Jobmodelle wie Teilzeitstellen, Jobsharing, Heimarbeit gefährdet die Ferieninitiative, denn individuelle Jobmodelle und mehr Ferien werden sich insbesondere KMU nicht leisten können. Folglich nimmt die Belastung für die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu. Die Ferieninitiative entpuppt sich als Bumerang, denn sie verursacht nicht weniger, sondern mehr Stress.

Ferieninitiative höhlt Sozialpartnerschaft aus

Die Schweiz hat eine 100-jährige sozialpartnerschaftliche Tradition. Über 1,7 Millionen Arbeitnehmende profitieren von branchenspezifischen Gesamtarbeitsverträgen, die über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen. Hinzu kommen zahlreiche Sonderregelungen in den Unternehmen. Diese sozialpartnerschaftlichen Lösungen sind optimal auf die Bedürfnisse der Branchen und Firmen abgestimmt. Die Ferieninitiative ist deshalb für die Mehrzahl der Beschäftigten unnötig, sie schränkt den Spielraum für sozialpartnerschaftliche Lösungen ein.

Mehr Ferien belasten die Steuerzahler

Die Ferieninitiative würde auch beim Bund, den Kantonen und Gemeinden für steigende Personalkosten sorgen. Für die Kantone kämen diese Mehrbelastungen zu einem schlechten Zeitpunkt. Denn ab 2012 gilt die neue Spitalfinanzierung, die den Kantonen eine Mehrbelastung von bis zu 1 Milliarde Franken pro Jahr beschert. Müssen Bund und Kantone nun auch noch mehr für ihre Personalbudgets einplanen, könnte das zusätzliche Steuererhöhungen oder Sparpakete zur Folge haben.

Ein deutliches „Nein“

Der Arbeitgeberverband Sarganserland-Werdenberg lehnt die Ferieninitiative entschieden ab. Unser liberales Arbeitsrecht stellt einen zentralen Vorteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz dar. Diesen Vorteil gilt es zu bewahren. Die Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Ferienanspruchs von sechs Wochen für alle ist überrissen und setzt ein falsches Signal. Die Initiative schadet dem Arbeitsstandort Schweiz. Deshalb empfehlen wir ein deutliches „Nein“ zur Ferieninitiative.

Arbeitgeberverband Sarganserland – Werdenberg

Der Vorstand